

Resolution Unia-Kongress vom 4. / 5. Juni 2021

Ein Plan für soziale Gerechtigkeit und Solidarität

Die Pandemie der sozialen Ungleichheit bekämpfen!

Die Covid-Pandemie verschärft die soziale Ungleichheit: Während die Börsen boomen und Kapitalgewinne explodieren, drohen breite Schichten zu verarmen. Jetzt braucht es einen Plan, um eine tiefe soziale Spaltung zu verhindern.

Pandemien gelten historisch als soziale «Gleichmacher». Sie treffen Arm und Reich gleichermaßen. Doch Corona ist anders und verschärft die bestehenden Ungleichheiten.

Soziale Ungleichheit vor dem Tod

Das beginnt bei der Infektion selbst: Auch in der Schweiz stecken sich in bessergestellten Wohngebieten weniger Menschen an als in Quartieren mit niedrigen Einkommen und beengten Wohnverhältnissen. Das Infektionsrisiko dank Homeoffice senken können vor allem besser Verdienende.

Es geht weiter im Krankheitsverlauf: «Die Bessergestellten werden überversorgt, die Schlechtergestellten unterversorgt»¹. Covid-Erkrankte aus dem untersten Einkommens-Dezil landen doppelt so häufig auf der Intensivstation als solche aus den obersten zehn Prozent. Ähnliche Unterschiede zeigen sich bei den Todesfällen.

Corona-Krise verschärft Ungleichheit

Je geringer das Einkommen, um so grösser sind im Durchschnitt auch die wirtschaftlichen Einbussen. Angestellte in Tieflohnbranchen wie der Gastronomie oder dem Detailhandel und in einigen Industriebranchen sind – zusammen mit den Jungen und den älteren Arbeitnehmenden – am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Sie ist seit Beginn der Krise von 110'000 auf 160'000 gestiegen ist.

Besonders hart ist die Lage für jene, die weniger als 4000 Franken verdienen: Sie haben im Schnitt einen Fünftel ihres Einkommens eingebüsst. Nicht weniger als 27% der arbeitsfähigen Schweizer Bevölkerung in dieser Einkommenskategorie mussten Kurzarbeitsgeld beziehen, 8% wurden sogar arbeitslos, was im Schnitt zu einer Halbierung Ihrer Einkommen führte. Ihre Ersparnisse sind deutlich gesunken, jede*r Neunte musste sich verschulden, um überleben zu können.² Frauen und und Migrant*Innen, welche überdurchschnittlich oft in Tieflohnbranchen arbeiten, haben am meisten mit solchen Notlagen zu kämpfen.

Unsicherheit und Stress bringen Leid

Gesundheitsrisiken und wirtschaftliche Einbussen führen bei sozial Schwächeren auch zu grösseren psychischen Belastungen. Je länger die Krise dauert, umso schlechter geht es ihnen. Bereits in der zweiten Welle letzten Herbst gaben doppelt so viele Menschen mit einem Haushaltseinkommen unter 4000 Franken an, es gehe ihnen «schlecht» oder «sehr schlecht», als in den Haushalten mit 6000 oder mehr Franken Einkommen. Angesichts der

¹ Der vormalige Leiter der nationalen Covid-Taskforce Matthias Egger in «Der Landbote», 25.4.2021.

² <https://kof.ethz.ch/news-und-veranstaltungen/medien/medienmitteilungen/2021/02/corona-krise-verschaerft-ungleichheit-in-der-schweiz.html>

weiter unsicheren Zukunftsaussichten dürfte sich dieser Missstand noch verschlechtert haben.

Aber auch Arbeitnehmende in sogenannten essenziellen Berufen leiden unter besonderen Belastungen. Als die Pandemie im Frühling vergangenen Jahres einen ersten Höhepunkt erreichte und sich die Intensivstationen füllten, leisteten die Beschäftigten in der Pflege, im Verkauf und der Logistik ohne Murren Überstunden, damit unser Leben weitergehen konnte. Dafür ernteten sie viel Applaus. Applaus und sonst – mit Ausnahme einiger mickriger Prämien im Gesundheitswesen und im Verkauf: nichts. Dabei wird die psychische Belastung insbesondere beim Spital- und Heimpersonal umso grösser, je länger die Pandemie andauert: Depressionen, Ängste, Schlaflosigkeit, Burn-out nehmen überhand. Aus den Held*innen der Pflege werden so immer mehr selber «Pflegefälle».

Reiche werden immer reicher – weltweit und in der Schweiz

Und gleichzeitig werden die Reichen immer reicher. Das Vermögen der 500 weltweit reichsten Milliardäre hat im Pandemie-Jahr 2020 um spektakuläre 31 Prozent zugelegt.³ Dazu gehört beispielsweise auch die Familie Blocher, deren Vermögen um einen Drittel auf 15,5 Milliarden Franken gestiegen ist.⁴ Auch in der Schweiz sind die Superreichen jetzt reicher als jemals zuvor: 300 von ihnen besitzen hier zusammen 707 Milliarden Franken!

Damit wird Corona zur «Pandemie der sozialen Ungleichheit». Das gilt umso mehr in den armen Ländern, welche sich keine wirksamen Unterstützungsprogramme leisten können. Die globale Ungleichheit nimmt wieder zu. Bereits steigt die Zahl der extrem Armen wieder an, nachdem sie in den letzten Jahrzehnten stetig gesunken war.

Die extreme soziale Ungleichheit könnte auch den Ausgang aus der Pandemie um Jahre verzögern. Denn das Virus lässt sich langfristig nicht in einem einzelnen Land bekämpfen – die Menschheit kann es nur gemeinsam besiegen. Die bisherige Impfkampagne scheint diese einfache Einsicht allerdings zu ignorieren: 1 Milliarde Impfdosen wurden Ende April 2021 weltweit verabreicht, weniger als 1 Prozent davon in armen Ländern.

Voller Lohnersatz, mehr GAV, Solidaritätsabgabe für Superreiche, Impfung für alle

Damit Covid die «Pandemie der sozialen Ungleichheit» nicht weiter verschärft, braucht es einen «Plan für soziale Gerechtigkeit und Solidarität». Die Schweiz hat die Mittel und Möglichkeiten, diesen Plan voranzubringen. Wir fordern:

- **Mehr soziale Sicherheit sofort:** Die Unia fordert seit Beginn der Pandemie eine Aufstockung des Lohnersatzes bei Kurzarbeit auf 100% für Löhne bis 5000 Franken netto. Die bisherigen Verbesserungen (100% bis 3470 Franken brutto und bloss 80% ab 4'340 Franken) sind einfach zu wenig und stellen kein existenzsicherndes Einkommen sicher.
- **Gute Arbeitsbedingungen statt Deregulierungen:** Ungeregelte Arbeitsbedingungen in den «essenziellen» Dienstleistungsberufen der Pflege, des Detailhandels und der Logistik stellen ein Risiko für die öffentliche Gesundheit dar. Die Politik muss dies endlich verstehen. Statt sich in unverantwortlichen Deregulierungsübungen zu verlieren (wie etwa

³ «Bloomberg Billionaires Index», gemäss Bilanz, 5. Januar 2021

⁴ Bilanz, 26. November 2020. Etwa 14'800 Multimillionär*innen (mit wenigstens 10 Millionen Franken) besitzen fast ein Drittel (30.34%) des versteuerten Volksvermögens in der Schweiz; «L'évolution de la richesse en Suisse de 2003 à 2015.», EDF, 20.8.2019.

beim Versuch, 12 Sonntagsverkäufe ins «Covidgesetz» zu schreiben), müssen sich die Behörden in diesen Branchen für AVE-GAV stark machen.

- **Arbeitsplätze statt Profite retten:** Allein in Gastgewerbe und Hotellerie rechnet jeder fünfte Betrieb damit, die nächsten Monate nicht zu überleben. Das Parlament muss seine Entscheidung rückgängig machen und die Immobilienwirtschaft zwingen, die Mieten bzw. Schulden der betroffenen Unternehmen zu reduzieren. Darüber hinaus ist ein Plan für den Wiederaufschwung erforderlich, um Unternehmen zu unterstützen, die Arbeitsplätze in den von der Pandemie stark betroffenen Sektoren erhalten und schaffen.
- **Sozialer Ausgleich:** Die obszöne Anhäufung von immer mehr Reichtum in den Händen einiger weniger ist gefährlich, ja – wie Covid zeigt – tödlich. Das muss ein Ende haben. Die Superreichen haben von der Pandemie profitiert. Jetzt müssen sie mit einer Covid-Solidaritätsabgabe auf ihr Vermögen einen Teil davon zurückgeben und einen Beitrag zur gesellschaftlichen Solidarität leisten. Der während COVID angehäufte Reichtum muss besonders an die Frauen, die von der Krise am meisten betroffen sind, umverteilt werden, um sozialen Ausgleich zu erreichen.
- **Internationale Solidarität:** Covid ist eine globale Herausforderung. Die Schweiz soll einen sichtbaren Beitrag zur Beendigung der Pandemie leisten: Das von den Vereinten Nationen unterstützte COVAX-Programm hat zum Ziel, bis Ende 2021 zwei Milliarden Impfstoffdosen für die Bevölkerung ärmerer Länder zur Verfügung zu stellen. Es ist chronisch unterfinanziert und wird darum seine Ziele verfehlen. Ein grösserer Schweizer Beitrag an dieses Programm kann diese Lücke stopfen, Leben retten und die Pandemie besiegen helfen. Zudem müssen die Patente auf Impfstoffe zumindest bis zum Ende der Impfkampagnen ausgesetzt werden, damit dieses Ziel erreicht werden kann.